

Wir in Teltow - Fläming: Sozial – Solidarisch - Bürgernah

Liebe Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Teltow-Fläming,

am 26. Oktober 2003 haben Sie die Möglichkeit, Ihre Abgeordneten für den Kreistag, die Stadt- und Gemeindevertretungen zu wählen. In der Stadt Zossen, und in den Gemeinden Am Mellensee, Blankenfelde/Mahlow, Niederer Fläming und Rangsdorf werden auch Bürgermeister neu gewählt. Damit entscheiden Sie, wer in Ihren Städten und Gemeinden die Verwaltung führen und die weiteren Geschicke zur Entwicklung Ihres Ortes in die Hand nehmen soll. Wir werben mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten um Ihr Vertrauen für mehr Einfluss und Verantwortung. Unser Landkreis hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Straßen wurden neu und ausgebaut, Fassaden bekamen ein anderes Gesicht, neue Wohnviertel entstanden. Vor allem im Norden und in Baruth siedelte sich Industrie und Gewerbe neu an. Die Rad- und Skater - Region wurde geboren.

Es gibt aber auch noch viele Probleme. Schwäche der gewerblichen Unternehmen, hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Kaufkraft, Abbau im Sozialsystem und Gesundheitswesen, fehlendes Geld für Ausbildung, Schulen und Kindertagesstätten kennzeichnen vielerorts die Lage. Junge Leute wandern ab. Auch die von SPD und CDU durchgesetzten neuen Gemeindestrukturen werden diese Probleme nicht lösen. Für mehr Geld ist damit nicht gesorgt. Was fehlt, ist ein gerechtes Finanzausgleichsgesetz.

Die Bundesrepublik ist reich, Geld ist genug vorhanden. Nur wird dieser Reichtum zunehmend von unten nach oben umverteilt. Längst geschieht das nicht mehr nur auf Kosten Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger, sondern auch kranker und älterer Menschen. Zunehmend werden kleinere und mittlere Unternehmen belastet.

Eine Umkehr ist nötig und möglich! Wir stellen uns den gegebenen Herausforderungen mit engagierten Menschen und Angeboten. Deshalb wollen wir gläserne Rathäuser und eine transparente Verwaltungsarbeit, bei umfassender Bürgermitsprache und Beteiligung junger und älterer Menschen. Prüfen Sie uns und unsere Angebote. Sorgen Sie mit Ihrer Stimmabgabe dafür, dass Meinungsvielfalt auch im neuen Kreistag und in den Stadt- und Gemeindevertreterversammlungen präsent ist.

Kornelia Wehlan
Kreisvorsitzende
PDS Teltow-Fläming

Hans-Jürgen Akuloff
Fraktionsvorsitzender
PDS-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Wir in Teltow – Fläming: Sozial – Solidarisch - Bürgernah

1. Für sparsamen und effektiveren Umgang mit dem Geld der Bürger, für Stabilisierung der kommunalen Finanzen

Städte und Gemeinden müssen auch künftig die elementaren Leistungen für ihre Bevölkerung bereitstellen können. Wege und Straßen sind begeh- und befahrbar zu halten. Die Nutzung von Bildungs- und Kultureinrichtungen darf nicht vom persönlichen Geldbeutel abhängen. Sozialhilfezahlungen müssen möglichst vermieden werden – durch Angebote von Erwerbsarbeit, nicht durch Absenkung der Hilfen. Schon diese grundlegenden Pflichten zu erfüllen fällt den Kommunen, insbesondere durch die Politik des Bundes und des Landes, immer schwerer. Das von der Landtagsmehrheit beschlossene "Kommunale Entlastungsgesetz" bleibt ein indiskutables Bürgerbelastungsgesetz. Einnahmen müssen durch eine Kommunalfinanzreform gesteigert und verstetigt werden. Die Finanzierung der Kommunen ist nicht alleinige Aufgabe ihrer Bürgerinnen und Bürger. Eine Kostenbeteiligung von Wirtschaft und Gewerbe zum Beispiel an der mitgenutzten Infrastruktur ist weiter erforderlich. Wir unterstützen den Vorschlag, die Gewerbesteuer zu einer weiteren Säule der kommunalen Haushalte zu entwickeln. Diese sollte differenziert entsprechend der Wirtschaftlichkeit entwickelt werden, um kleine und mittlere Unternehmen nicht schlechter zu stellen.

Statt die Gemeinden und den Kreis durch Kürzung der Zuweisungen ihrem Schicksal zu überlassen, soll die Landesregierung sich beispielsweise für die Wiedereinführung einer privaten Vermögensteuer engagieren, um Bildung – z.B. Ganztagschulen - finanzieren zu können. Weitere wichtige Faktoren für die Verbesserung der Einnahmen, denen sich die Gemeindevertretungen selbst stellen können und müssen, sind eine aktive Wirtschaftsansiedlung, die Sicherung der regionalen Unternehmen und eine wirtschaftliche Vermarktung öffentlicher Liegenschaften, die Stabilisierung der Einwohnerzahl. Dabei werden wir die Erfahrung beherzigen, dass einmal getroffene Entscheidungen zu Großprojekten langfristig immense Mittel binden und zwangsläufig zu Lasten anderer Bereiche gehen. Das gilt auch für die Kreisumlage.

Wir setzen uns ein:

- **Für eine engere Zusammenarbeit des Kreises mit den Gemeinden und Städten.** Ressourcen und Erfahrungen der Regionen sind stärker zu bündeln und zu vernetzen. Kreisprioritäten müssen transparent und vor der Entscheidung mit den Gemeinden und Städten diskutiert werden. Ermessensspielräume des Landkreises sind zu Gunsten der Gemeinden und Städte konsequent auszuschöpfen. Dazu gehört auch, besonders nach der Gemeindegebietsreform, Aufgaben des Landkreises an die Großgemeinden und Städte zu übertragen – wie etwa die Untere Baubehörde.
- **Für eine Politik über den Tag hinaus.** Entscheidungen, die heute zu treffen sind, dürfen sich langfristig nicht nachteilig auf die Bürgerinnen und Bürger auswirken. Überdimensionierte, nicht am Bedarf ausgerichtete Projekte wie der geplante Neubau eines Großflughafen in Schönefeld sind nicht förderungswürdig. Der Planungsstopp in Sperenberg ist zu Gunsten anderer Entwicklungen aufzuheben.
- **Für eine effektive und kostengünstige Verwaltungsarbeit.** Die Verlagerung bisher öffentlich erbrachter Leistungen auf gemeinnützige bzw. private Träger kommt für uns nur in Betracht, wenn das Angebot tatsächlich in gleicher Qualität, kostengünstiger für die Bürgerinnen und Bürger und ohne gravierende soziale Härten für die Beschäftigten erbracht wird. Mit solchen und anderen sozial und fiskalisch tragfähigen Schritten konnte beispielsweise das von einem PDS-Bürgermeister geführte Neuruppin seine Verschuldung innerhalb von fünf Jahren komplett abbauen.
- **Für Europas größtes Konversionsgebiet, die Waldstadt Wünsdorf.** Von der Landesregierung ist eine solche Förderung der Infrastruktur durchzusetzen wie sie im "Rahmenvertrag zur Entwicklung der Gemeinde Waldstadt und Wünsdorf im Geltungsbereich des ehemaligen Militärgebietes" festgeschrieben wurde.
- **Für mehr Entscheidungen vor Ort.** Dazu sind Einwohner frühzeitig und umfassend in die Ent-

scheidungsprozesse einzubeziehen und bürokratische Hemmnisse abzubauen. Bürgerentscheide haben für uns größte Priorität. Über die Rangfolge von Investitionsprojekten im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel der Städte und Gemeinden sollten deren Bewohnerinnen und Bewohner selber direkt entscheiden können. Das wäre ein erster Schritt vom Kommunal- zum Bürgerhaushalt.

2. Für mehr Arbeit und Beschäftigung in allen Regionen von Teltow-Fläming

Nach wie vor sind in Teltow-Fläming Entwicklungsunterschiede zwischen dem Norden und Süden unseres Kreises vorhanden. Ein Indiz dafür ist die im Süden ungleich höhere Arbeitslosigkeit bei insgesamt 14.000 Arbeitslosen, davon 4.500 Langzeitarbeitslosen im Kreis. Da aber im Norden wie im Süden die Arbeitslosenzahlen steigen, sind die jeweils charakteristischen Potenziale der Regionen zu verknüpfen, um allen Einwohnern eine lebenswerte Perspektive zu geben.

Wir setzen uns ein:

- **Für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.** Ziel ist es, vorhandene Erwerbsmöglichkeiten zu erhalten und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Die öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber für die Unternehmen. Öffentliche Aufträge wie z. B. beim Stadtumbau müssen in der Region ansässige Betriebe bekommen. Dafür sind stärker kleine Vergabelose und beschränkte Ausschreibungsmöglichkeiten zu nutzen sowie regionale Kooperationen anzuregen und Netzwerke zu entwickeln. Die Sparkasse muss als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und als Förderer regionaler Unternehmen wirksamer werden. Die Kooperationspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen wie z.B. in Ludwigsfelde und Dahlewitz sind weiter zu fördern. Die jungen Unternehmen im Biotechnologiepark Luckenwalde sind in ihrer Entwicklung zu unterstützen.
 - **Für die Erweiterung von Handlungsspielräumen der kommunalen Unternehmen.** Ob in der Wohnungsverwaltung, im Strom-, Gas-, Fernwärme-, Wasser- und Abwasserbereich oder in der Struktur- und Wirtschaftsförderung haben kommunale Betriebe und Verwaltungen einen wesentlichen Einfluss auf Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung vor Ort. Ihr Auftragsvolumen ist noch stärker an regionale Unternehmen zu binden einschließlich der Möglichkeit, über Arbeitsmarktinstrumente den Arbeits- und Wirtschaftsmarkt zu beleben.
 - **Für die schrittweise Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.** Arbeit ist genügend da, ob im sozialen, kulturellen, sportlichen oder Umweltbereich. Für ihre Finanzierung müssen mehr Mittel bereit gestellt, vorhandene gebündelt und umverteilt werden, damit aus kommunalen Vorhaben und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten sinnvolle Konzepte und Programme für längerfristige Arbeitsplätze wachsen.
 - **Für die Land-, Garten- und Forstwirtschaft als Rückgrat des ländlichen Raums.** Wir sind für eine EU-Agrarreform, die eine Flächen deckende Landwirtschaft und Chancengleichheit für alle Betriebe sichert, unabhängig von ihrer Größe und Rechtsform. Das ist besonders in Anbetracht der Roggen-Anbau-Problematik wichtig. Der Einsatz der Agrarproduzenten für Umweltschutz und Landschaftspflege ist gesellschaftlich aufzuwerten und darf sich nicht nachteilig auf die Wirtschaftlichkeit auswirken. Letzteres sichert nicht der Gesetzentwurf zu den Altschulden. Hier fordern wir von der Bundesregierung eine Korrektur.
- Stärker sind lokale und regionale Kreisläufe zu entwickeln. Das heißt, Produkte aus Teltow-Fläming sind auf dem Berlin-Markt anzubieten und der Dahlewitzer Bauernmarkt ist zügig in Angriff zu nehmen.
- **Für unseren Landkreis als touristischen und Erholung suchenden Anziehungspunkt.** Wir stehen zur Rad- und Skater-Region und zu einer sinnvollen Verbindung der Orte bis nach Dahme sowie einer überregionalen Radwegeanbindung. Gastronomie, Dienstleistung, Kultur- und Sportangebote sind unter Nutzung des Naturreichtums anzusiedeln und zu vernetzen. In diese wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Synergie-Effekte ist zu investieren und Eigeninitiative stärker zu fördern. Negative Auswirkungen auf das dörfliche Leben sind zu vermeiden. Kleingartenanlagen sind wichtige Sozial- und Naherholungsräume. Ihnen gilt unser Wirken gegen überhöhte Nutzungsentgelte.
 - **Für eine nachhaltige Verkehrspolitik.** Dazu gehört für uns vor allem, den Öffentlichen- Perso-

nen-Nahverkehr (ÖPNV) Flächen deckend, bedarfs- und sozial gerecht zu sichern. Die Erreichbarkeit der Landeshauptstadt muss gewährleistet sein. Von Blankenfelde nach Teltow ist ein regelmäßiger Busverkehr einzurichten. Elternbeiträge zur Schülerbeförderung lehnen wir ab. Wir unterstützen den Bau der Ortsumgehungen zur Reduzierung des innerörtlichen Straßenverkehrs wie z.B. die B 96 und in Kloster Zinna. Veränderungen von Zuständigkeiten an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen haben im sanierten Zustand bzw. mit der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für die Städte und Gemeinden zu erfolgen. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist das Radwegenetz weiter auszubauen. Besondere Schwerpunkte sind hierbei Schulwegsicherung und touristische Erschließung wie z. B. der Neubau eines Radweges an der L 792 und zwischen Luckenwalde und Dobbrikow. Der Betrieb Schönefeld Schönhagen ist ohne zusätzliche Belastungen für die Bürger zu gewährleisten.

3. Für eine Wende in der Bildungs- und Ausbildungspolitik und bei der Förderung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Bei den heranwachsenden Generationen zu sparen heißt, sich selbst der Zukunft zu berauben. Nicht nur die Pisa-Studie ließ die Schwächen unseres Bildungssystems offenkundig werden. In der brandenburgischen Bildungspolitik darf nicht länger der Rotstift regieren! Wir werden uns dafür einsetzen, dass Fragen der Qualität von Bildung, Erziehung und Ausbildung in der Gesellschaft den nötigen Stellenwert bekommen. Schulen und Kindertagesstätten als Zentren des kommunalen Lebens sind vor Ort unersetzlich.

Wir setzen uns ein:

- **Für den Erhalt der Schul- und Kitastandorte.** Besonders der ländliche Raum, ob in Dahme, Nuthe-Urstromtal oder in Niedergörsdorf darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Die Schulstandorte Dahlewitz, Werbig, Niedergörsdorf und Sperenberg sind in der jetzigen Form zu sichern. Dafür sind Schulstrukturen zu vereinfachen, bürokratische Hemmnisse abzubauen, Klassen- und Gruppenstärken abzusenken und Ganztagsangebote mit dem erforderlichen Personal und den Sachleistungen auszustatten. Dies gilt auch für die nördlichen Regionen in Teltow-Fläming, die vom Bevölkerungszuwachs geprägt sind und wo Klassen- und Gruppenräume oftmals nicht ausreichen.
- **Für den uneingeschränkten Rechtsanspruch von Kindern bis 12 Jahren auf einen bezahlbaren und wohnortnahen Kita- und Hortplatz.** Der Bildungs- und Betreuungsauftrag ist für alle Kinder zu sichern, unabhängig davon, ob die Eltern Arbeit haben oder nicht. Auch wird damit der Wiedereinstieg für Frauen in die Berufstätigkeit oftmals erst möglich. Die Trägervielfalt der Einrichtungen und die Finanzierbarkeit der Kita- und Schülerspeisung ist zu gewährleisten.
- **Für die Sanierung von Kitas, Schulen und Sportstätten.** Notwendige Sanierungen sind über kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungskonzepte auf eine solide Finanzierungsgrundlage zu stellen. Die Finanzierung des Erweiterungsbaus am Gymnasium Blankenfelde ist kurzfristig zu gewährleisten.
- **Für jeden Jugendlichen eine Lehrstelle bereit zu stellen.** Nur mit Ausbildungsplätzen in der Region und dem anschließenden Berufseinstieg sind Abwanderungen junger Menschen aus Teltow-Fläming zu stoppen. So muss z.B. das Zukunftskonzept für den Biotechnologie-Park in Luckenwalde sichern, dass die Biolaboranten nach erfolgreicher Ausbildung hier den beruflichen Einstieg erhalten. Das Landesförderprogramm für Ausbildungsplätze bei kleinen und mittleren Unternehmen ist wieder aufzulegen!
- **Für die Förderung und Unterstützung der freien Kinder- und Jugendarbeit sowie der ehrenamtlichen Vereinsarbeit.** Bestehende Einrichtungen der Jugend- und Vereinsarbeit müssen erhalten bleiben. Im Gewerbegebiet Jüterbog unterstützen wir die Errichtung einer Jugenddisco.

4. Für Chancengleichheit und Lebensqualität - gegen soziale und kulturelle Verarmung

Zur Lebensqualität in Teltow-Fläming gehören bezahlbare Wohnungen und eine funktionierende soziale, gesundheitliche, kulturelle und sportliche Infrastruktur, die für alle Bürgerinnen und Bürger den Zugang ermöglicht. Die rot-grüne Bundesregierung baut den Sozialstaat ab. Damit sind lebenswichtige

soziale und kulturelle Standards bedroht. Renten- und Pflegeversicherung werden in Frage gestellt. Dagegen leisten wir Widerstand und wirken für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Wir setzen uns ein:

- **Für eine soziale Grundversorgung.** Dazu gehört eine Flächen deckende gesundheitliche Betreuung und die Sicherung bestehender sozialer Netze, insbesondere bei der Jugend- und Sozialhilfe sowie bei der Arbeit mit Senioren und Behinderten. Die Schlossparkklinik Dahme muss eine langfristige Nutzung erhalten. Nach Investitionen müssen öffentliche Verwaltungen, Arbeitsstätten, Straßen, Wege und Plätze für jeden Menschen weitgehend ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sein.
- **Für die Förderung des sozialen, kulturellen und sportlichen Lebens.** Vereine und Verbände sind zu fördern, z.B. durch die kostenlose Bereitstellung von Räumen und Plätzen und bei der Hilfe zur Gewinnung freier Träger und von Sponsoren. Die unentgeltliche Benutzung der Turnhallen und Sportstätten in kreislicher Trägerschaft gehört wieder auf die Tagesordnung!
- **Für einen Sozial- und Familienpass.** Allen Bürgerinnen und Bürgern – auch sozial Schwachen – muss der Zugang zu Kultur- und Sport ermöglicht werden. Das heißt für uns: bezahlbare Eintrittspreise. Die Erfahrungen im Umgang mit dem “Luckenwalde-Pass”, der auf Initiative der PDS eingerichtet wurde, sind dabei nutzbar.
- **Für Konzepte öffentlicher Sicherheit und Kriminalitätsverhütung.** Wir unterstützen Sicherheitspartnerschaften und kommunale Präventionskonzepte, die dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Sicherheit Rechnung tragen.